

## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 55. Ratssitzung vom 24. Juni 2015

### 1087. 2014/324

#### **Interpellation der FDP-Fraktion vom 22.10.2014:**

#### **Flächenbedarf in den städtischen Verwaltungsgebäuden, Möglichkeiten für eine Senkung der Raum- und Energiekosten**

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 456 vom 27. Mai 2015).

**Raphaël Tschanz (FDP)** nimmt Stellung: *Der Büroflächenbedarf der zentralen Verwaltung ist nach wie vor bedeutend gross. Um diesen zu optimieren, liegt ein grosses Potenzial darin, konsequent auf «Shared Desk» umzustellen. In der Stadt ist der Anteil der Teilzeitangestellten bedeutend höher als in der Privatwirtschaft. Zudem könnte man die Büroflächen so nutzen, wie sie in modernen Bürogebäuden, z. B. an der Europaallee genutzt werden. Mit der Optimierung könnten Mittel von über 13 Millionen Franken eingespart werden. In der Budgetdebatte wurde oft über kleine Posten diskutiert, wirklich viel erreichen könnte man aber bei der Reduzierung der Bürofläche. Eine Einsparung würde auch der 2000-Watt-Gesellschaft zugute kommen, denn man könnte so bis zu 3,7 Gigawattstunden einsparen, was der Leistung eines kleineren Wasserkraftwerks entspricht. Der Auftrag an den Stadtrat lautet, «Shared Desk» konsequent umzusetzen, die Kosten zu reduzieren und damit auch einen wertvollen Beitrag für das Erreichen der 2000-Watt-Gesellschaft zu leisten.*

Weitere Wortmeldungen:

**Walter Angst (AL):** *Auch wenn man das volle vom Stadtrat errechnete Potenzial erschliessen würde, hätte man die Finanzfragen der Stadt noch nicht gelöst. Es ist sicher besser, nach Möglichkeiten einer Reduktion im Flächenverbrauch der Verwaltung zu suchen, als Quadratmeter in Horten und Kinderkrippen strategisch zu verkleinern. Es ist deshalb gut, wenn der Stadtrat prüft, wie der Flächenbedarf reduziert werden kann. Der Unterschied im Flächenverbrauch der Verwaltung zum Flächenverbrauch von Firmengebäuden besteht darin, dass die Stadt historische Gebäude verwaltet und Firmen optimierte Neubauten planen. Eine attraktive Strategie wäre es, die Fremdmieten zu reduzieren und damit den Zwang, in einigen Jahren einen Nachfolgevertrag nach dem Gusto der entsprechenden Vermieter einzugehen. Die Weisung könnte aber auch ein Kostentreiber sein, wenn das Arbeitsrecht angepasst werden muss, um die 13 Millionen Franken Einsparung zu realisieren. Hier müssen relativ viele Fragen der Arbeitsqualität mitdiskutiert werden. Nicht alles, was auf den ersten Blick billiger erscheint, ist auch in der Gesamtkostenkalkulation billiger.*

**Roger Tognella (FDP):** *Die 13 Millionen Franken, die man einsparen könnte, wären eine nachhaltige, steuerwirksame Einsparung. Mit «Shared Desk» könnte man etwas erreichen, das ist durchführbar und durchsetzbar. Man sollte effektiv an den Massnahmen zur Umsetzung des Projekts «17/0, Leistungsüberprüfung» arbeiten.*



2 / 2

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

**STR André Odermatt:** *In unseren historischen Gebäuden hat eine sehr starke Verdichtung stattgefunden. Es gibt aber gewisse Grenzen der Bausubstanz. Nicht jeder Arbeitsplatz hat die gleichen Anforderungen, es gibt also auch Grenzen, wie man die jeweilige Bürofläche reduzieren oder «Shared Desk» machen kann. Hierbei muss differenziert werden. Ein wichtiger Punkt ist auch die Arbeitsqualität, die die Verdichtung begrenzt. Wir arbeiten das Bürokonzept für die Stadt aus, dabei muss aber auch die IT und eine andere Führungskultur beachtet werden. Das Abstossen der Fremdmieten muss strategisches Ziel sein und ist es auch für den Stadtrat.*

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat